

Ausgerechnet der Klimakiller Kohle erlebt in Zeiten der Energiewende eine Renaissance. Umweltschützer schlagen Alarm und warnen vor einer gefährlichen Verfilzung der Konzerne mit der deutschen Politik

VON MARKUS BALSER

München – Gregor Golland könnte als Prototyp des umtriebigen Politikers herhalten: Der CDU-Mann aus Brühl ist nicht nur Landtagsabgeordneter. Er arbeitet nebenbei auch noch Teilzeit beim Energieriesen RWE in der „Einkaufsabteilung Rohstoffe“. Nicht nur für Golland eine interessante Konstellation. Denn in der Landtagsfraktion sitzt er für die Union als stellvertretendes Mitglied im Energie- wie im Klimaausschuss. Dass Golland in seiner Partei als Befürworter der Kohle-Förderung gilt, ist auch für seinen Arbeitgeber kein Nachteil. Schließlich verfeuert kein anderes Unternehmen so viel von dem umstrittenen Rohstoff wie RWE. Verbindungen zwischen Politamt und Konzern? Keine, versichert RWE. Man lege größten Wert auf eine saubere Trennung zwischen unternehmerischen und politischen Interessen.

Die Umweltorganisation Greenpeace hat daran allerdings so ihre Zweifel. Golland hat es mit seiner Doppelbeschäftigung auf eine Liste mit 45 Politikern geschafft, denen die NGO eine fragwürdige Nähe zur deutschen Kohleindustrie vorwirft. Im „Schwarzbuch Kohlepolitik“, das der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt und an diesem Donnerstag veröffentlicht wird, weist die Organisation auf zahlreiche Verbindungen deutscher Politiker zur Branche hin. Der Bericht kritisiert, Politik und Kohlewirtschaft seien eng miteinander verfilzt. Das Sorge dafür, dass Deutschland trotz Energiewende am größten Klimakiller festhalte und damit den Schutz von Menschen, Umwelt und Klima vernachlässige. Stein- und Braunkohle deckten auch 2012 ein Viertel (24,2 Prozent) des gesamten Energiebedarfs der Bundesrepublik – bei steigender Tendenz. Ihr Anteil an der Stromproduktion lag sogar bei knapp der Hälfte (44,8 Prozent). Die Folge: Der Treibhausgasausstoß in Deutschland steigt nach Jahren des Rückgangs leicht an.

Greenpeace hält diese Entwicklung vor allem für die Folge intensiver Lobbyarbeit. Viele Politiker nutzten ihre Verbindungen und Posten in Aufsichtsräten und Bera-

tungsgremien, „um den Kohlekonzernen hohe Gewinne zu sichern und nicht selten das eigene Einkommen aufzubessern“, heißt es in dem Papier. Besonders in den Kohle-Ländern Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sei die Nähe der Politik zur Kohle erschreckend, sagt Tobias Münchmeyer, Energieexperte der Organisation. „Kein Wunder, dass sich die Politik mit dem Ausstieg aus der Kohle so schwer tut.“

Wie eng der Draht sein kann, zeigt das Beispiel Martina Gregor-Ness. 1994 in den Landtag Brandenburgs gewählt, wurde sie 2004 zur umweltpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gilt sie als rechte Hand von Ministerpräsident Matthias Platzeck. Ein Job, der sie Anfang 2013 eigentlich zum Protest gegen ein Öko-Desaster in Brandenburg herausforderte. Zu Jahresbeginn machte Schlagzeilen, dass die Brandenburger Spree „verockert“ – eine Verfärbung der Spree durch alte, stillgelegte Tagebaue. Die Wasserqualität sinke dramatisch, warnt Greenpeace, „Flusslebewesen leiden massiv“.

Umweltpolitikerin Gregor-Ness hielt die Debatte zur Verblüffung von Landtagskollegen allerdings für übertrieben. Sie warnte stattdessen vor Panikmache und appellierte an die Medien, von der braunen Spree-Brühe „nicht so dramatische Bilder zu produzieren“. Im Landtag löste das einen Eklat aus. Die Reaktion sei kein Wunder, ätzt Greenpeace. Gregor-Ness sitze auch im Aufsichtsrat der Vattenfall-Bergbauparte. Und die habe kein Interesse an beunruhigenden Schlagzeilen über Öko-Probleme im Tagebau.

Auch die Antikorruptions-Organisation Transparency International (TI) übt harte Kritik an Doppelrollen und fordert Politiker auf, Konsequenzen zu ziehen. Gregor-Ness müsse ihren Aufsichtsratsposten bei Vattenfall aufgeben, sagt Jochen Bäumel, der für Politik zuständige Vorstand von TI der SZ. Es sei Politikern zwar nicht verboten, Posten in der Wirtschaft zu übernehmen. Es dürfe dabei laut Gesetz aber zu keinem Interessenskonflikt kommen. Gerade

beim Thema Energie hält Transparency diesen für eine Dauer Gefahr. Wenn die Politik alte Energieträger durch neue ersetze, komme es zwangsläufig zu Nachteilen für etablierte Konzerne. „Ein Aufsichtsrat muss aber dem Wohl seines Unternehmens dienen.“ Diesen Widerspruch könne nur der Amtsverzicht lösen, so Bäumel.

Die Verflechtungen von Kohlebranche und Politik durchzieht dem Bericht zufolge viele Bereiche der Politik in Landtagen und Bundestag. Der Report füllt fast 30 Seiten mit Politikern, die der Kohle nah stünden. Drei Buchstaben tauchen besonders oft auf: SPD. „Die Sozialdemokraten sind eng mit den Kohle-Konzernen verflochten“, sagt Experte Münchmeyer. So sei etwa die SPD-Bundestagsabgeordnete Bärbel Bas Aufsichtsrätin der Stadtwerke Duisburg, der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Hempel, Beirat der Hitachi Power Europe GmbH, eines Herstellers von fossil befeuerten Kraft-

werken. Und NRW-Fraktionschef Norbert Römer im Aufsichtsrat von zwei Firmen, die eng mit der Kohlebranche verbunden seien. Aber auch bei CDU, FDP und Grünen und der Linken kritisiert der Report Verbindungen (Beispiele unten). Mit der Forderung nach einer neuen Kohlepolitik steht Greenpeace nicht alleine da: Führende Umweltexperten fordern eine Umkehr. Es sei widersinnig, dass im Zuge der Energiewende ausgerechnet Braunkohlekraftwerke eine Renaissance erlebten, sagt Ex-Umweltminister Klaus Töpfer (CDU), heute Exekutivdirektor des Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam.

Politiker wehren sich derweil gegen die Kritik an Posten in der Industrie. Er sehe keinen Interessenskonflikt, sagt der CDU-Abgeordnete Golland. „Meine Arbeit für RWE ist kein Geheimnis, ich habe sie von Anfang an transparent und offen gemacht.“ Er sei seit Langem Befürworter der Kohle, mit RWE habe das nichts zu tun. Man müsse auch die Perspektive des Abgeordneten sehen: „Als junger Familienvater kann ich mich nicht auf die Politik verlas-

sen. Das kann schon in der nächsten Legislaturperiode vorbei sein.“ Auch Martina Gregor-Ness sieht keinen Grund zum Verzicht auf den Vattenfall-Posten. Sie sei schließlich nicht für die SPD, sondern als Gewerkschafterin im Gremium aktiv. Greenpeace gehe es offenbar allein um den Kampf gegen den Energieträger Kohle.

Drei Buchstaben tauchen in dem Report besonders oft auf: SPD Seitenwechsler

In keiner anderen Partei findet die Kohle der Greenpeace-Studie zufolge so viel Rückhalt wie in der SPD. Noch immer besetzen Befürworter einflussreiche Posten. Beispiel: Michael Donnermeyer,

der neue Sprecher von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Er war zuletzt als Geschäftsführer des Kohle-Lobbyverbandes IZ Klima tätig, der die Werbetrommel für die unterirdische Lagerung von Kohlendioxid rührt – ein Verband, der auch von großen Energiekonzernen getragen wird.

Doppelspieler

Norbert Römer, der Fraktionschef der SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen, ist der Kohle gleich mehrfach verbunden – mit zwei Posten in Aufsichtsräten: Als stellvertretender Aufsichtsratschef des Schweriner Energieversorgers Wemag, dessen Strom zu fast 50 Prozent aus Kohle besteht, wie auch in gleicher Funktion für Rütgers in Castrop-Rauhel. Das Unternehmen stellt Chemierohstoffen aus Steinkohlenteer her, einem Nebenprodukt der Steinkohlenverkokung.

Fürsprecher

Alexander Krauß, CDU-Abgeordneter in Sachsen, hat im Dresdner Landtag eine Debatte über die Nebentätigkeit von Abgeordneten entfacht. Die Grünen warfen Krauß vor, seinen Posten als Vat-

tenfall-Aufsichtsrat mit seiner Politiktätigkeit zu verquicken. Krauß hatte im Februar gefordert, den unkontrollierten Zubau neuer Solaranlagen zu stoppen. Krauß gilt stattdessen als Verfechter der Ressource Kohle. Vattenfall fördert den Rohstoff in den Tagebauen der Lausitz.

Kraftwerksplaner

Der Grüne Boris Palmer wurde 2007 Oberbürgermeister von Tübingen und Aufsichtsratschef der Stadtwerke Tübingen. Entgegen der Parteilinie befürwortete er die Beteiligung der Stadtwerke

an einem geplanten Steinkohleemeller in Brunsbüttel. Ökoprojekte könne man sich nur leisten, wenn man auch von den Gewinnen auf dem Strommarkt ein Stück abbekommt, so Palmer damals. Der Plan platzte. Im Sommer stieg die Stadt aus dem Kohleprojekt wieder aus.